

habe, aber auch einiges veröffentlicht habe, was von außen importiert sei und nichts mit konziliarer Erneuerung zu tun gehabt habe. Šeper erinnerte auch daran, daß die Bischofskonferenz auch eine Nummer der Zeitschrift „Svesci“ verboten habe. Die gegenwärtige Theologische Gesellschaft „Kršćanska Sadašnjost“ sei etwas völlig anderes als das von ihm gegründete Zentrum, das folglich nicht mehr bestehe. Er habe erklärt, daß er die Gründung der Gesellschaft nicht erlaubt habe und auch nicht erlauben könne. Es sei unwahrhaft, von der neuen theologischen Gesellschaft als logischer Fortsetzung des von ihm gegründeten Zentrums zu sprechen.

Wirtschaftliche und organisatorische Gründe maßgebend

Aus kirchlichen Kreisen in Zagreb wird betont, daß der kroatische Klerus auch nach der Erklärung der Bischofskonferenz in der Beurteilung über die theologische Gesellschaft gespalten sei, (vgl. FAZ, 2. 12. 77), daß aber westliche Urteile nicht zutreffen, die den Priestern um „Kršćanska Sadašnjost“ eine Annäherung an die staatliche Kirchenpolitik oder parteikonformere Haltung unterstellen. Šagi-Bunić, Turčinović und Bajsić sind als kirchentreu bekannt und haben sich für die Belange der katholischen Kirche so engagiert, daß derartige Unterstellungen indiskutabel sind. Sicher ist, daß vereinsrechtliche und wirtschaftliche Gründe bei der Gründung der Gesellschaft die entscheidende Rolle spielten und daß konservative Kreise hier eine Gelegenheit sahen, gegen das geachtete und verdiente Zentrum zu Felde zu ziehen, das das Gesicht der kroatischen Kirche in den Jahren seines Entstehens entscheidend prägte und der Kirche Möglichkeiten eines neuen Wegs in der sozialistischen Gesellschaft Jugoslawiens wies.

Die neue theologische Gesellschaft „Kršćanska Sadašnjost“ hat ungleich günstigere Bedingungen und Möglichkeiten, sie ist steuerlich entlastet und kann ihren im Verlag und Vertrieb beschäftigten Mitarbeitern bessere so-

ziale Voraussetzungen bieten, als dies beim alten Zentrum, das rein kirchlich getragen war, möglich war. Angesichts der regen Herausgebertätigkeit, der verschiedenen Reihen, Zeitschriften und Einzelpublikationen bis hin zu religiösen Filmen, aber auch von Schulden und Außenständen in Millionenhöhe, war die vereinsrechtliche Eintragung einer sogenannten Theologischen Gesellschaft nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch die einzige Möglichkeit, im Rahmen der kroatischen und jugoslawischen Gesetzgebung alle Rechte der wissenschaftlich tätigen Theologen auszuschöpfen. Leider kam dabei der oft verdeckte, aber doch latent schwelende Konflikt in der Kirche Jugoslawiens wieder einmal zum Vorschein, auf den sonst wenig geachtet wird, da die politische Klimaveränderung seit 1971 den innerkirchlichen Dialog fast völlig in den Hintergrund drängte.

Südafrikas Kampfansage gegen die Kirchen

Seit dem 19. Oktober 1976 stehen die Zeichen mehr denn je auf Sturm in der Republik Südafrika. Jahrelang hatte es Dispute und Einschüchterungsmaßnahmen gegenüber einzelnen Persönlichkeiten und Institutionen der christlichen Kirchen gegeben, wobei bisher die katholische Kirche noch glimpflich davonkam, doch mit ihren Aktionen vom 19. Oktober und den ihnen folgenden Eingriffen hat die Regierung Vorster einen Weg eingeschlagen, der weltweite Reaktionen auslöste und vielleicht eines Tages als der Wendepunkt in der Haltung auch vieler Christen zum Konflikt im südlichen Afrika eingestuft wird.

Gezielte Aktionen

Völlig überraschend waren am 19. Oktober von der Regierung zwei Zeitungen und 15 Anti-Apartheidbewegungen bzw. -Institutionen verboten bzw. geschlossen worden. Zu ih-

Die Bischöfe scheint insbesondere der Hinweis im Statut, im Rahmen der Selbstverwaltung tätig zu werden, irritiert zu haben. Das jugoslawische System der Selbstverwaltung beschränkt sich nicht nur auf die Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben, sondern soll alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfassen, auch die Schulen und Verbände. Die hierarchische Struktur der Kirche hat dabei der Partei immer noch Angriffsmöglichkeiten geboten. Die innerkirchlichen Auseinandersetzungen zwischen 1968 bis 1972, die oft berechtigten Proteste, die von Priestern und Laien in Form von Weißbüchern veröffentlicht wurden, wurden von der staatlichen Presse immer wieder in antibischöflichen Artikeln behandelt. Wenn dies auch im Falle der neuen theologischen Gesellschaft „Christliche Gegenwart“ geschehen sollte, wäre dies sicher kein guter Dienst an den Theologen.

nen gehören das schon lange von der Regierung bergwöhnte und mit Auflagen versehene Christliche Institut, die „Black People's Convention“, die schwarze südafrikanische Studentenorganisation, die schwarze „Elternbewegung“ und die „Bewußtseinsbewegung“ („Black Consciousness Movement“). Der Direktor des Christlichen Instituts, *Beyers Naudé*, sowie der Verwaltungsdirektor des Instituts, der methodistische Pfarrer *Brian Brown*, und der Redakteur der vom Institut herausgegebenen Informationszeitschrift „Pro Veritate“, *Cedric Mayson*, wurden unter Bann gestellt. Das bedeutet, daß sie sich nicht mit mehr als zwei Personen gleichzeitig treffen dürfen, daß sie weder öffentlich schreiben, sprechen oder zitiert werden dürfen, daß sie sich nicht außerhalb eines bestimmten, eng umgrenzten Bereichs aufhalten dürfen und daß sie schließlich von Einbruch der Dunkelheit bis zum Morgen das Haus nicht verlassen dürfen. Alle drei müssen sich

wöchentlich bei der Polizei melden. Ebenfalls „gebannt“ wurde der Regionaldirektor des Christlichen Instituts in Kapstadt, *Theo Kotze* (epd, 20. 10. 77).

Neben dem Christlichen Institut galt die Polizeiaktion hauptsächlich allen Anhängern des unter bisher nicht eindeutig geklärten Umständen im Gefängnis zu Tode gekommenen dreißigjährigen *Steve Biko*, dem führenden Kopf der Black Consciousness Movement, und den in der Johannesburger Vorstadt Soweto besonders aktiven Schwarzen. So fanden die Polizeiaktionen in den frühen Morgenstunden bei den Zeitungen und den betroffenen Organisationen statt. Sechs Mitglieder des „Komitees der Zehn“ in Soweto, darunter der Vorsitzende *Nthato Motlana*, wurden in Polizeihaft genommen. Dieses Komitee hatte in der eineinhalb Millionen Einwohner zählenden Vorstadt für Schwarze nach den kürzlichen Unruhen und dem Zusammenbruch der Regierungskontrolle die Verwaltung übernommen.

Auch die beiden verbotenen Zeitungen stehen in enger Verbindung zu Soweto. Das Johannesburger Massenblatt für Schwarze, „*World*“, und die mit ihm verbundene Wochenzeitung „*Weekend World*“ hatten besonders nach den Unruhen in Soweto im Juni die Rassenpolitik scharf verurteilt. Sie waren so zu einem einflußreichen Forum für den Protest der Schwarzen insbesondere gegen die Apartheid im Erziehungssystem und anlässlich des Todes von *Steve Biko* geworden.

Die jetzt verbotene *Südafrikanische Studentenorganisation* und die „*Black People's Convention*“ sind schon seit langem aktiv im Protest und der Bewußtseinsbildung unter den Schwarzen und damit im Visier der Regierung. Das jetzige Verbot ist eigentlich nur noch eine Formsache, da die meisten Führer beider Organisationen bereits vor einiger Zeit verhaftet wurden und seither ohne Gerichtsverfahren in Polizeigefängnissen festgehalten werden.

Nur einen Tag nach dem ersten Schlag setzte eine Verhaftungswelle ein. Zwar stellte sich die Meldung, daß unter den

Verhafteten auch der schwarze lutherische Bischof *Manas Buthelezi* sei, später als unrichtig heraus, doch scheint die Zahl von 60 bis 70 verhafteten Personen im Rahmen dieser Aktion nicht zu hoch gegriffen zu sein. Unter ihnen befindet sich auch der Sekretär der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz, *Smangaliso P. Mkhathshawa*, der bereits mit einem fünfjährigen Bann belegt war. Ebenfalls verhaftet wurden der in der Abteilung „Gerechtigkeit und Versöhnung“ des Südafrikanischen Kirchenrates tätige *Tom Manthata* sowie *Peter Randall*, Leiter des Verlags „Raven Press“, der kirchliche Publikationen veröffentlicht, und der Chefredakteur der Zeitung „Daily Dispatch“, *Donald Woods*.

Wie der südafrikanische Justizminister *Jimmy Kruger* nach der gesamten Aktion erklärte, fanden alle Verhaftungen und Bannungen unter den gesetzlichen Voraussetzungen statt, die im „Internal Security Act“ des Landes festgelegt seien. Nachforschungen der zuständigen Stellen hätten ergeben, daß die betroffenen Personen, Publikationen und Organisationen die Aufrechterhaltung der Ordnung bedroht hätten, indem sie ein revolutionäres Klima und aufgeregte Unruhe zu schaffen versucht hätten (NC News Service, 20. 10. 77). Für Erzbischof *Denis Hurley* von Durban, der von den Vorgängen auf der Bischofssynode in Rom erfuhr, bedeutet diese Entwicklung jedoch, daß „Südafrika in die letzte Phase des Konflikts – die Phase der Gewalt – eintritt“. Als mögliche Gründe für diesen Schritt der Regierung nannte er den Versuch, „im Hinblick auf die Entscheidung, Wahlen abzuhalten und eine neue Verfassung mit unbegrenzter Machtbefugnis für den Präsidenten zu verabschieden, möglichst die gesamte Opposition auszuschalten und gleichzeitig die gesamte verfügbare weiße Kraft zu mobilisieren, um Boykott und andere wirtschaftliche Maßnahmen zu bekämpfen“. Ferner könnte seiner Meinung nach das Ganze den Zweck verfolgen, eine Spaltung innerhalb der Regierung und ein Ausscheren des rechten Flügels zu verhindern (NC

News Service, 20. 10. 77). Sicherlich haben die Unruhen der letzten Monate einschließlich der Schulboykotts gelegentliche Gewaltaktionen und erste Stadtguerilla-Aktivitäten einer sogenannten schwarzen „Zivilisationsbewegung“ ein übriges hinzugetan.

Die Reaktionen

Nach ersten Stellungnahmen einzelner kirchlicher Persönlichkeiten meldeten sich auch die kirchlichen Führungsgremien gemeinsam zu Wort. Selten war der Tenor des Protestes in den verschiedenen kirchlichen Kreisen inner- und außerhalb von Südafrika so einmütig und einstimmig. Der Präsident des Südafrikanischen Kirchenrates, *Sam Buti*, meinte in einer ersten Stellungnahme, die Regierung könne niemals den Geist der schwarzen Bevölkerung des Landes brechen. Es sei bedauernswert, daß die Regierung Leute gebannt habe, die aktiv teilnehmen wollten an der Gestaltung ihrer Gemeinschaft: „Diese Leute kämpfen für ihre Rechte, und wir stehen voll hinter ihnen.“ Der katholische Erzbischof von Kapstadt, Kardinal *Owen McCann*, sprach von einem Schock. Er unterstrich bei dieser Gelegenheit, daß es den Katholiken freigestellt gewesen sei, mit dem jetzt verbotenen Christlichen Institut zusammenzuarbeiten, und sie hätten dies auch getan. Er habe das Institut persönlich immer unterstützt und auch finanzielle Hilfe gegeben, nachdem es zur „staatsgefährdenden Organisation“ erklärt worden war und somit kein Geld mehr aus dem Ausland erhalten konnte. Ausdrücklich betonte er, daß die katholische Kirche immer großes Vertrauen in das Institut gesetzt habe. Inzwischen ist bekannt, daß die Regierung das gesamte Vermögen des Instituts sowie der anderen Organisationen beschlagnahmt hat, womit auch eine spätere Wiederaufnahme der Tätigkeit praktisch unmöglich gemacht worden ist.

Ähnliche Unterstützung wie von der katholischen Kirche erhielt das Christliche Institut auch von anderen Kirchen bis auf die weiße Reformierte

Kirche, die ihren Mitgliedern die Zusammenarbeit mit dem Institut verboten hatte. Die farbige Missionskirche der Niederländisch-Reformierten Kirche dagegen hatte die Mitarbeit ihrer Mitglieder im Institut toleriert. Erzbischof *Joseph Fitzgerald* von Johannesburg ließ in allen Kirchen seiner Diözese einen Brief verlesen, in dem er u. a. erklärte, er fühle sich als ihr Bischof verpflichtet, die Gläubigen seiner Diözese wissen zu lassen, daß er gegen die willkürliche Inhaftierung und Ächtung von Personen ohne Gerichtsverfahren protestiere und den Geächteten und Inhaftierten sowie ihren Familien seine Anteilnahme und Solidarität entgegenbringe. Die Unterdrückung der schwarzen Presse klinge „wie eine Totenglocke der Freiheit der Meinungsäußerung und des Dialogs“ in Südafrika, wobei selbst der unvoreingenommenste Beobachter sehen könne, daß dies alles zu politischem Selbstmord führe. Gleichzeitig warnte er aber auch davor, nun versucht zu sein, es aufzugeben, mit friedlichen Mitteln eine Änderung herbeiführen zu wollen. Dieser Versuchung nachzugeben wäre eine Katastrophe für alle Menschen in Südafrika. Der einzige Weg sei der des christlichen Friedens, noch sei nicht alle Hoffnung verloren: „Wir müssen einander Hoffnung machen und zusammenstehen in einer gemeinsamen Anstrengung, um eine lebendige

christliche Gemeinschaft des Friedens in Südafrika aufzubauen. In diesem Licht betrachtet, besteht die Möglichkeit, daß die gegenwärtigen Ereignisse zu einem Katalysator für uns werden, der uns enger zusammenschließen könnte“ (DIA, 5. 11. 77). Der Ständige Rat der Südafrikanischen Bischofskonferenz erwähnte diese Feststellungen in seiner Erklärung vom 8. November. Dort heißt es u. a., die Bischöfe fühlten sich wieder einmal gedrängt, „in einem Moment der nationalen Krise das Wort zu erheben“. Eine große Anzahl von Menschen, darunter viele Katholiken, beklagten sich darüber, daß die Erklärungen der Bischöfe sich zu wenig mit religiösen Anliegen befaßten oder daß sie einseitig seien. Diesem Vorwurf begegnen die Bischöfe mit der Antwort, ihre Schreiben mögen solchen Menschen einseitig erscheinen, „die vielleicht auch ohne ihr Verschulden die andere Seite niemals kennengelernt haben“. Wer meine, dies habe mit religiösen Dingen nichts zu tun, der sollte daran erinnert werden, daß christliche Liebe und Gerechtigkeit in allen menschlichen Belangen ihren Ort haben, den Lebensunterhalt, das Eigentum und die Politik eingeschlossen. Das eigentliche Problem der Bischöfe sei ein pastorales, nämlich „daß Politik durch die geistigen Werte der frohen Botschaft inspiriert sein möchte, so daß die Menschen in Frieden und Sicher-

heit leben können, und daß alle Gewalt ausgeschaltet werden könne, sowohl die Gewalt der Unterdrückung als auch die Gegengewalt bürgerlichen Unfriedens und Revolution“.

Klar unterstrichen die Bischöfe, daß sie eine Auffassung von Gesetz und Ordnung nicht annehmen können, die so vernichtend mit den menschlichen Rechten und Freiheiten umgeht, wie dies in den vergangenen Wochen der Fall gewesen sei. Einen besonderen Passus widmen sie sodann der Angelegenheit der Staatsangehörigkeit in den unabhängig gewordenen „Homelands“. Abschließend heißt es dann: „Noch einmal setzen wir uns für die Anerkennung der geschichtlichen Feststellung ein: eine Lage, wie sie jetzt in Südafrika besteht, ist unerträglich für Männer und Frauen von Geist und Selbstachtung. Wir appellieren noch einmal an die christlichen Grundhaltungen, welche unsere Führer in Ehren zu halten vorgeben, Grundhaltungen, die nicht nur im persönlichen und familiären Leben nach Durchführung verlangen, sondern auch in sozialen und politischen Angelegenheiten.“

Schon kurz nach Bekanntwerden dieses Schreibens kam es zu weiteren Verhaftungen, diesmal ausschließlich in katholischen Kreisen. Mehrere Priester, die sich an Demonstrationen beteiligt hatten, wurden festgenommen. N. S.

Brennpunkte

Eine befreiende Pastoral für Lateinamerika?

Zur jüngsten Auseinandersetzung um Adveniat

In der öffentlich geführten Auseinandersetzung um das von 12 katholischen und evangelischen Theologen verfaßte „*Memorandum*“ zur Kampagne gegen die Theologie der Befreiung“ (vgl. Wortlaut in KNA, 24. 11. 77) zeichnen sich nach dem ersten hitzigen Streit Ansätze für eine sachlichere Erörterung der theologischen Frage wie

auch des kirchenpolitischen Disputs um das bischöfliche Hilfswerk für Lateinamerika „*Adveniat*“ ab. Damit böte sich die Chance, von dem in der Sache angreifbaren Memorandum samt seinem unglücklichen Publikationstermin und den zahlreichen, nicht immer überzeugenden Entgegnungen der anderen Seite doch letztlich zu einem kon-